

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung Neuendeich**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 18.09.2008  
**Sitzungsbeginn:** 20:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:40 Uhr  
**Ort, Raum:** Dörpshus Neuendeich, Schadendorf 8, 25436 Neuendeich

### **Anwesend sind:**

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Klaus-Hermann Früchtenicht	CDU	
Herr Thies-Peter Kleinwort	CDU	Fraktionsvorsitzender
Frau Hannelore Kops	CDU	
Herr Claus May	SPD	
Frau Gundula Ortlinghaus	CDU	2. stv. Vorsitzende/Bürgermeisterin
Herr Reinhard Pliquet	SPD	1. stv. Vorsitzender/Bürgermeister, Fraktionsvorsitzender
Frau Bärbel Thiemann	CDU	Vorsitzende
Herr Niels Thimm	SPD	

#### Gäste

Zuhörer 2

#### Presse

Uetersener Nachrichten Herr Pöhlßen

#### Protokollführer/-in

Herr Frank Wulff

### **Entschuldigt fehlen:**

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerd Mettjes SPD

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 09.09.2008 einberufen. Die Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 16 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Als TOP 14 wird „Pflege der Flächen um das Dörpshus“ eingefügt.

einstimmig (8)

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

**Tagesordnung:**

1. Bericht der Bürgermeisterin
  2. Einwohnerfragestunde
  3. Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 1. Halbjahr 2008  
Vorlage: 083/2008/ND/BV
  4. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen  
Vorlage: 086/2008/ND/BV
  5. Beschluss über die Gültigkeit der Gemeindewahl vom 25. Mai 2008 - Anlage -  
Vorlage: 082/2008/ND/BV
  6. Beteiligung an den Rechtsanwaltskosten für die Vertretung in Sachen Kohlekraftwerksansiedlung  
in Stade/Bützfleth
  7. Radwegeausschilderung des Kreises  
Vorlage: 090/2008/ND/BV
  8. Sanierung des Freizeitgeländes am Dörpshus
  9. Umbau des sog. Stuhlraumes in einen Ruheraum für den Kindergarten  
Vorlage: 092/2008/ND/BV
  10. Abbrennverbot von Feuerwerkskörpern zu Silvester  
Vorlage: 089/2008/ND/BV
  11. Schulentwicklungsplanung in der Gemeinde Neuendeich  
Vorlage: 085/2008/ND/BV
  12. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Schleswig- Holstein 2010 - 2025  
hier: Anhörungs- und Beteiligungsverfahren gem. § 7 Abs. 1 Landesplanungsgesetz  
Vorlage: 088/2008/ND/BV
  13. Schreiben der Seglervereinigung Pinnau e. V. - Umbenennung der Bushaltestelle Esch/Wolski  
Vorlage: 091/2008/ND/BV
  14. Pflege der Flächen um das Dörpshus
  15. Verschiedenes
- Nachmittag für die ältere Generation
- 15.1.

- 15.2. Entsorgung von Gartenabfällen
- 15.3. Beutelhalter für Hundekot
- 15.4. Hörnumausfahrt
- 15.5. Schilder kulturhistorischer Wanderweg
- 15.6. Baugrube Schadendorf
- 15.7. Sitzungsplan für 2009
- 15.8. Pflege der Bankette in der Straße Schadendorf
- 15.9. Glaszylinder für Straßenlampen
- 15.10. Straßenmarkierung am Brückenberg
17. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil

**Protokoll:**

**zu 1 Bericht der Bürgermeisterin**

Frau Thiemann berichtet wie folgt:

- a) Im Vorwege zu dieser Sitzung haben der Ausschuss für Soziales und Jugend am 04.09., der Bau-, Umwelt- und Wegeausschuss am 10.09. sowie der Finanzausschuss am 16.09.2008 getagt.
- b) Am 17.06.2008 hat eine Vorstandssitzung des Fünf-Städte-Vereins stattgefunden. Während dieser Sitzung wurde beschlossen, die Tagessätze für Jugendliche von 19 € auf 21 € zu erhöhen. Die weiteren Sätze werden entsprechend angepasst.
- c) Die letzte Vorstandssitzung der Integrierten Station Unterelbe hat am 18.06.2008 stattgefunden.
- d) Am 23.06.2008 hat Frau Thiemann ein spezielles Wohnprojekt besichtigt, den Steinbeker Hof. Dabei handelt es sich um ein generationenübergreifendes Wohnprojekt, das durch eine Genossenschaft getragen wird. Es

- handelt sich um ein Vorzeigeprojekt der Landesregierung.
- e) Wegen der zu beschaffenden Hinweisschilder im Rahmen der LSE hat am 07.07.2008 eine Besprechung stattgefunden.
  - f) Es wurden wieder Tempomessungen in der Gemeinde durchgeführt: In der Straße Binnendiek gab es 31,7 % Überschreitungen, im Bereich Schadendorf/Kuhlworth waren es aber leider 54,7 %. Anschließend wird über die Raserei durch Motorräder diskutiert. Frau Thiemann wird beauftragt, sich bei der zuständigen Stelle um Maßnahmen dagegen zu kümmern.
  - g) Am 19.08.2008 hat Frau Thiemann an einer Tagung zur Optimierung der lokalen Strukturen im Tourismus teilgenommen. Durch eine Neuausrichtung von Fördermitteln sei es leider so, dass nur große touristische Projekte unterstützt werden.
  - h) Am 30.08.2008 hat die Segelvereinigung Pinnau e.V. ihr 40. Jubiläum gefeiert. Die Vereinigung hat die Blaue Flagge der Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung erhalten. Dies sei ein großer Verdienst für den Verein.
  - i) Am 01.09.2008 hat der Finanz- und Personalausschuss des Amtes getagt.
  - j) Am 02.09.2008 hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Integrierte Station Unterelbe getagt.
  - k) Die Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages -Kreisverband Pinneberg- hat am 03.09.2008 getagt. Dabei ist der Vorsitzende aus dienstlichen Gründen zurückgetreten.
  - l) Frau Thiemann hat an einer Versammlung der Interessengemeinschaft Fahrrinnenanpassung teilgenommen. Bisher hat es mehr als 5.000 Einwände gegen die Fahrrinnenanpassung der Elbe gegeben. Bei der letzten Anpassung waren es nur 1.000. Frau Thiemann hat während der Veranstaltung nach der Umkehr der Beweislast gefragt. Es sei geantwortet worden, dass bei der Einbringung von Einwänden die Umkehr der Beweislast mit beantragt werden müsse.
  - m) Am 06.09.2008 erfolgte durch den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein die Anerkennung der AktivRegion Pinneberger Marsch und Geest, an der auch Frau Thiemann und Frau Kops teilgenommen haben. Frau Thiemann verliest dazu einen Presstext.
  - n) Am 08.09.2008 gab es eine Informationsveranstaltung zum Landesentwicklungsplan beim Kreis
  - o) Am 11.09.2008 hat der Amtsausschuss in Appen getagt.
  - p) Die Apfeltage wurden am 12.09.2008 in Haseldorf eröffnet.
  - q) Am 15.09.2008 hat Frau Thiemann an einer Veranstaltung zum Thema Klimaschutz beim Kreis teilgenommen. Interessant sei ein Konzept zur Vermietung von Dächern kommunaler Einrichtung für Solaranlagen gewesen.
  - r) Frau Thiemann spricht die Thematik „DSL-Versorgung“ an. Sie habe mit dem Europaabgeordneten Reimer Böge wegen der DSL-Förderung für den ländlichen Raum gesprochen. Dieser habe sie an die Bürgermeister von Nahe und Oering verwiesen. Frau Thiemann habe darauf hin mit Bgm. Peters (Nahe) und Bgm. Brors (Oering) gesprochen. In Nahe habe Wilhelm.Tel den Ausbau zugesagt. Auf Amtsebene werde die Bildung eines Eigenbetriebes diskutiert, woran sich Appen und Holm sehr interessiert zeigen würden.  
Herr Pliquet berichtet, dass der die Aufhebung der Ausschreibung zur Her-

stellung einer DSL-Versorgung unterschrieben habe. Herr Wulff erklärt dazu, dass es notwendig gewesen sei, die Ausschreibung aufzuheben, da kein Anbieter die Forderungen der Ausschreibung erfüllt habe. Die Deutsche Telekom habe nur die kleinen Bandbreitensegmente angeboten und die Firma Sacoin nur die Segmente oberhalb der geforderten 16 Mbit.

Anschließend berichtet Herr Pliquet aus seiner Vertretungszeit:

Am 14.07.2008 hat die konstituierende Sitzung des Amtsausschusses stattgefunden. Walter Reißler wurde zum Amtsvorsteher wiedergewählt. Am gleichen Tag fand ebenfalls die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung des AZV statt. Roland Krügel wurde zum Verbandsvorsteher gewählt. Weiter gab es am 08.07.2008 eine Informationsveranstaltung zum Landesentwicklungsplan in Holm, die nach Meinung von Herrn Pliquet sehr gut war.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 2      Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen durch die anwesenden Einwohner gestellt.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 3      Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 1. Halbjahr 2008**

**Vorlage: 083/2008/ND/BV**

**Beschluss:**

Die Information der Bürgermeisterin nach § 4 der Haushaltssatzung für das I. Halbjahr 2008 wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 4      Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen**  
**Vorlage: 086/2008/ND/BV**

Frau Thiemann erläutert kurz die vorliegende Auflistung der Haushaltsüberschreitungen. Weiter berichtet sie, dass der Amtsumlagesatz auf 13 % gesenkt wurde, die Gemeinde aufgrund der gestiegenen Finanzkraft trotzdem mehr an das Amt zu zahlen habe.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 10.560,94 € und im Vermögenshaushalt mit 22.942,39 € zu genehmigen.

Die Haushaltsüberschreitung im Vermögenshaushalt ist durch eine Entnahme aus der Abschreibungsrücklage Ortsentwässerung zu decken.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig (8)

**zu 5      Beschluss über die Gültigkeit der Gemeindewahl vom 25. Mai 2008 - Anlage**  
**-**  
**Vorlage: 082/2008/ND/BV**

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, die Gemeindewahl vom 25.05.2008 für gültig zu erklären.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig (8)

**zu 6      Beteiligung an den Rechtsanwaltskosten für die Vertretung in Sachen Kohlekraftwerksansiedlung in Stade/Bützfleth**

Frau Thiemann erläutert die Bitte nach einer finanziellen Beteiligung der Bürgerinitiativen Haseldorf und Stade. Demnach möchten die Bürgerinitiativen mit den Spenden und der Zuschüsse der Gemeinden, andere Marschgemeinden haben be-

reits bis zu 2.500,00 € gegeben, die Rechtsanwälte für die technische Beratung und die Abwicklung der Normenkontrollverfahren bezahlen. Frau Thiemann berichtet weiter, dass es zwei neue Messstationen für Luft- und Bodendaten geben solle. Eine davon soll in Neuendeich stehen. Nachdem diskutiert wurde, in welcher Höhe ein Zuschuss erfolgen könne, ergibt sich unter Berücksichtigung der geringen Einwohnerzahl der Gemeinde der Vorschlag, 1.000,00 € als Zuschuss zu gewähren.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, die Bürgerinitiativen Haseldorf und Stade, für die Wahrung der Interessen der Region, mit insgesamt 1.000,00 € zu bezuschussen.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**zu 7      Radwegeausschilderung des Kreises  
Vorlage: 090/2008/ND/BV**

Frau Thiemann geht erläuternd auf die Planungen ein. Wichtig sei hier der Punkt, dass der Radweg vom Oberrecht in den Neuen Reth verlegt werden soll. Die Gemeindevertretung ist sich einig, wegen der Beschaffenheit des Weges (Unfallgefahr, Haftungsfrage) das Vorhaben abzulehnen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung Neuendeich nimmt den Vermerk des Kreises Pinneberg zur Radwegeausschilderung zur Kenntnis. Dem Kreis Pinneberg wird mitgeteilt, dass die Gemeinde Neuendeich die Führung des Radweges vom Oberrecht in den Neuen Reth ablehnt. Es ist eine Wegweisung durch den Oberrecht beizubehalten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig (8)

**zu 8      Sanierung des Freizeitgeländes am Dörpshus**

Frau Thiemann berichtet aus den Sitzungen des Bau-, Umwelt- und Wegeausschusses sowie des Finanzausschusses. Ein Konzept für die Sanierung der Freifläche sei notwendig, um Fördermittel zu erhalten. Frau Thiemann bittet darum, jetzt Planungskosten in Höhe von 1.000 € zur Verfügung zu stellen. Der Beginn der

Maßnahmen werde erst in 2009 erfolgen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, 1.000 € für die Planungskosten zur Sanierung der Freifläche (Bolzplatz) bereitzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig (8)

**zu 9      Umbau des sog. Stuhlraumes in einen Ruheraum für den Kindergarten  
Vorlage: 092/2008/ND/BV**

Frau Thiemann erklärt, dass nur der Trägerverein des Kindergartens Fördermittel zum Umbau des Kindergartens beantragen könne. Die gesamte Rechnungslegung müsse also über den Verein laufen. Claus Thiemann hat eine Planung zum Umbau der Räumlichkeiten vorgelegt, die aber keine Architektenkosten beinhalte. Diese wären bei einer Notwendigkeit für den Förderantrag nachzutragen. Es gehe jetzt nur darum, über das Beantragen von Fördermitteln zu entscheiden. Das weitere Vorgehen sei bei Vorliegen einer Entscheidung über eine mögliche Förderung abzustimmen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, dass der Elternverein Neuendeich e.V. Fördermittel zum Umbau des Kindergartens Neuendeich beantragen möge. Die Verwaltung soll dabei unterstützend tätig sein.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig (8)

**zu 10      Abbrennverbot von Feuerwerkskörpern zu Silvester  
Vorlage: 089/2008/ND/BV**

Diese Thematik wird eingehend diskutiert. Frau Ortlinghaus ist der Meinung, dass eine Regelung bei der geringen Einwohnerzahl nicht nötig sei und dass bisher immer sehr verantwortungsbewusst mit Feuerwerkskörpern umgegangen sei. Herr Thimm stellt anschließend den Antrag, kein Abbrennverbot zu erlassen und den jetzigen Zustand beizubehalten.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, kein Abbrennverbot von Feuerwerkskörpern der Klasse II für die Gemeinde Neuendeich zu erlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

**zu 11      Schulentwicklungsplanung in der Gemeinde Neuendeich  
Vorlage: 085/2008/ND/BV**

Frau Thiemann erklärt, dass die 3 umliegenden Gesamtschulen (Elmshorn, Tornesch, Wedel) angeschrieben worden sind, mit der Bitte um Äußerung, wie eine Aufnahme von Neuendeichern Schülern gewährleistet werden könne. Mit diesen Stellungnahmen solle eine Anfrage beim Ministerium erfolgen, um von dort eine Äußerung zur der Angelegenheit zu erhalten. Bisher hat es nur eine Antwort aus Elmshorn gegeben. Zusammengefasst heißt es in dieser Antwort, dass nur die Hälfte der angemeldeten Kinder aufgenommen werden könne und dass im Moment keine Aufnahme gewährleistet sei. Eine Entspannung sei evtl. mit dem Bau einer zweiten Gesamtschule zu sehen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung nimmt diese Sachlage und die Aufstellung der Geburtenzahlen zwischen dem 01.08.1997 und dem 31.07.2008 zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 12      Entwurf des Landesentwicklungsplanes Schleswig- Holstein 2010 - 2025  
hier: Anhörungs- und Beteiligungsverfahren gem. § 7 Abs. 1 Landesplanungsgesetz  
Vorlage: 088/2008/ND/BV**

Die Gemeindevertretung sieht keinen Diskussionsbedarf mehr und beschließt wie folgt:

**Beschluss:**

Die Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes ist für alle amtsangehörigen Gemeinden einheitlich, ggfs. mit gemeindespezifischen Ergänzungen, zu fassen. Folgende Forderungen sind über den Kreis Pinneberg an das Innenministerium zu formulieren:

**Forderung Nr. 1: Der LEP ist durchgängig zu überarbeiten und von vielem Ballast zu befreien, so dass er im Seitenumfang ganz erheblich gekürzt wird.** Aufgrund der besonderen Bedeutung des LEP für alle Kommunen (zu erwartende erhebliche Beschneidung der kommunalen Planungshoheit) wird es nicht als ausreichend angesehen, wenn sich Landtagsausschüsse mit dem Inhalt beschäftigen

und eine Aussprache im Landtag zu diesem Thema stattfindet, während ein Kabinettsbeschluss für die Inkraftsetzung des möglicherweise geänderten Entwurfs ausreicht.

Darüber hinaus dringt die Landesplanung in Kernbereiche der Daseinsvorsorge ein (Bildung, Kinder, Jugend, Familien, etc). Leitbilder zur Daseinsvorsorge machen wegen der politischen Bedeutung eine intensive Befassung des Landtages erforderlich.

*Der vorgelegte Entwurf des LEP wird langfristig zu einer Veränderung des ländlichen Raumes führen und damit die Landschaft Schleswig-Holsteins grundlegend verändern.*

**Forderung Nr. 2: Der Landtag möge über den LEP und die Stellungnahmen hierzu endgültig beraten und entscheiden.**

Der LEP enthält in einem nicht vertretbaren Maß Entwicklungsansätze zugunsten der Städte und zentralen Orte. Damit geht eine zum Teil dramatische Einschränkung (bis hin zur Streichung) der Entwicklungsmöglichkeiten in den eher ländlich geprägten und nicht zentralen Orten einher. Daraus ergibt sich, dass unseren Gemeinden faire Entwicklungschancen genommen werden und dass eine Kooperation im kommunalen Bereich nicht mehr „auf gleicher Augenhöhe“ möglich ist. Andererseits schwächt die geplante erhebliche Reduzierung der Entwicklungsmöglichkeiten die Auslastung der kommunalen Einrichtungen, die in den vergangenen Jahrzehnten mit hohen Investitionen geschaffen worden sind (Schulen, Sporthallen, Jugendzentren, Kindertagesstätten usw.). Schlimmstenfalls können so genannte Investitionsruinen entstehen.

Der viel zu enge Siedlungsrahmen beseitigt die Planungshoheit in vielen Gemeinden nahezu vollständig und ist daher insgesamt **verfassungswidrig**.

**Forderung Nr. 3: Die Gemeinden ohne zentralörtlichen Charakter müssen sich mit einem Höchstmaß an Eigenverantwortung auch in Zukunft mit Hilfe einer bedarfsgerechten Planung weiter entwickeln können. Dies gilt insbesondere für Gemeinden innerhalb der Metropolregion Hamburg.**

**Forderung Nr. 4: Erhalt der Kommunalen Planungshoheit**

Der Siedlungsentwicklungsrahmen soll lt. LEP in den Ordnungsräumen - dazu zählen alle 7 Gemeinden des Amtes Moorrege - innerhalb der Laufzeit des LEP (also bis 2025) auf 13 % begrenzt werden. Grundlage für die Berechnung der prozentualen Steigerung ist die Zahl der am 31. 12. 2007 vorhandenen Wohneinheiten. Mit Runderlass des Innenministers vom 27. 11. 2007 ist quasi eine „Veränderungssperre“ verhängt worden, so dass der im Landesraumordnungsplan festgelegte Entwicklungsrahmen (1995 – 2010) in einem rechtswidrigen Umfang angetastet wurde. Kommunen, die darauf vertraut haben (und darauf vertrauen mussten!), dass der Landesraumordnungsplan bis 2010 gelten wird, und ihre Planungen in der Weise fortgesetzt haben, dass 2007 und 2008 neue Wohneinheiten entstanden sind und weiterhin entstehen, werden jetzt für dieses Vertrauen dadurch bestraft, dass die rechtmäßig geschaffenen Wohneinheiten auf den neuen Entwicklungsrahmen (+ 13 % bis 2025) voll angerechnet werden.

Der LEP sieht in Ziffer 6.5.2 Abs. 3 vor, dass die Realisierung von Flächen sowie der Bau von Wohnungen angemessen über den Planungszeitraum verteilt werden. Diese Forderung ist insbesondere in kleineren Gemeinden, die in oft sehr großen Abständen neue Baugebiete ausweisen, illusorisch. Wenn sich die in der Regel

einmalige Chance ergibt, ein neues Baugebiet zu entwickeln, muss dies innerhalb der gesetzten Grenzen für den gesamten Entwicklungszeitraum möglich sein. Andererseits könnte insbesondere in kleineren Gemeinden auch die Situation entstehen, dass der zugebilligte Siedlungsentwicklungsrahmen nicht ausgeschöpft wird, weil innerhalb des Geltungszeitraumes keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen.

**Forderung Nr. 5: Die vom Innenministerium mit Erlass vom 27. 11. 2007 ausgesprochene Veränderungssperre ist unverzüglich wieder aufzuheben.**

**Forderung Nr. 6 : Die Stichtagsregelung für den Siedlungsentwicklungsrahmen ist in der Weise zu modifizieren, dass ein neuer Stichtag für die Zeit nach Ablauf der Geltungsdauer des Landesraumordnungsplanes gewählt wird (z. B. 1. 1. 2011).**

**Forderung Nr. 7 : Die Festsetzung in Ziffer 6.5.2 Abs. 3 Buchstaben G + B (gleichmäßige Verteilung von Wohnungsbauvorhaben auf den gesamten Planungszeitraum) ist ersatzlos zu streichen.**

**Zusätzliche Forderung: Die Planungsräume für weitere Windenergieanlagen sind auf die windhöffigen Küstenregionen zu beschränken. Ein weiterer Ausbau im Binnenland ist zu vermeiden, um die Versorgung der ländlichen Regionen mit moderner Informationstechnik zu ermöglichen, die häufig nur Über Funk und Satelliten erfolgen kann.**

**Forderung Nr. 8 : Das Siedlungspotenzial einer Gemeinde sollte bei Nichtausschöpfung des Rahmens innerhalb des Planungszeitraumes zukünftigen Planungen hinzugerechnet werden.**

Neue Instrumente, mehr ortsnahe Entscheidungen und mehr Flexibilität sind erforderlich um auf die regionalen Entwicklungen eingehen zu können.

Die Probleme insbesondere bei Orten außerhalb der Achse, die trotzdem von Verkehr und Siedlungsdruck betroffen sind und weder zentralörtliche Mittel, noch Einkommenssteueranteile erhalten noch Entwicklungsmöglichkeiten haben finden im LEP keine Berücksichtigung.

*Die kleinen Gemeinden, die keine ergänzende überörtliche Versorgungsfunktion haben, also nur der Erholung dienen, müssen in der Lage sein, eine angemessene touristische Infrastruktur zu schaffen, wie Landhotels, Hof Cafes, Pensionen, usw. Insbesondere ist in der Metropolregion Hamburg auf die bestehende Nachfrage nach Gewerbe- und Wohnbauflächen gerade in verkehrsgünstig gelegenen Gebieten einzugehen.*

Der Vorschlag der Landesverbände vom 07.03.2000 ist daher zugrunde zu legen. Durch die geforderte Zusammensetzung durch die jeweiligen Kreise und kreisfreien Städte und angemessener Vertretung der kreisangehörigen Gemeinden wird sichergestellt, dass die unterschiedlichen und regionalen Interessen im Regionalplan Berücksichtigung finden.

**Forderung Nr. 9: Keine Außer- Kraft- Setzung der planerischen Funktion des Regionalplanes.**

**Forderung Nr. 10: Kommunalisierung der Regionalplanung u.a.**

- a) Ermächtigung zur Festlegung der Siedlungsrahmen, *ohne Genehmigungsvorbehalt der Landesplanungsbehörde.*
- b) Vorgaben für die Verteilung von Entwicklungsflächen
- c) Überprüfung des Verlaufes der Siedlungsachsen und Landesentwicklungsachsen durch die Regionalplanung

In Zeiten schnellen Wachstums ist ein starrer, landesweit einheitlicher Siedlungsrahmen nicht mehr sachgerecht und benachteiligt in der vorgeschlagenen Form den ländlichen Bereich unangemessen.

**Forderung Nr. 11: Kein landeseinheitlicher zentraler Siedlungsrahmen auf 20 Jahre.**

Durch den gesamten LEP zieht sich die Unterordnung der Interessen der nicht zentralörtlich eingestuften Gemeinden unter die Interessen der zentralen Orte und Städte. Gemeinden in Stadt-Umland-Beziehungen sollen künftig von der tatsächlichen Entwicklung in der so genannten Kernstadt abhängig werden. Dies wird in entsprechenden Vereinbarungen festgeschrieben werden und wird auch für Verflechtungsbereiche von zentralen Orten mit den Gemeinden im Einzugsbereich gelten. Die Landesplanung nimmt einseitig die Position der Ober- und Mittelzentren ein. Dies ist ein schwerer Abwägungsfehler, der sich auf viele Planfestlegungen auswirkt.

Neue Impulse und Ideen der Planungsdiskussion fehlen. Die örtlich unterschiedlichen Belange werden nicht berücksichtigt.

Diese äußerst einseitige Ausrichtung kann nur als Missachtung der bisherigen sorgfältigen Planungen in den kleineren Gemeinden verstanden werden. Vielmehr haben viele Umlandgemeinden von zentralen Orten/Städten häufig den Siedlungsdruck der Städte, den diese manchmal nicht oder nicht zeitnah befriedigen konnten, aufgefangen. Die Beiträge der Umlandgemeinden für die Entwicklung, u.a. durch das Auffangen des Siedlungsdruckes der Kernstädte, und die Lebensqualität in den Regionen finden im LEP keine Berücksichtigung.

Durch den LEP wird der neue, missverständliche Fachausdruck „Stadtregion“ eingeführt. Der bisherige, relativ neutrale Begriff „Gebietsentwicklungsplanung“ (Landesraumordnungsplan) wird durch den Begriff „Stadt-Umland-Konzept“ ersetzt. Durch diese einseitige Ausrichtung auf die Interessen der Städte wird eine Begegnung einer Stadt und der sie umgebenden Gemeinden „auf gleicher Augenhöhe“ zunichte gemacht. Man hat es dann nicht mehr mit vollkommen gleichberechtigten und gleichwertigen Partnern zu tun.

Der LEP schränkt die Entwicklung von Gewerbe und Dienstleistungen außerhalb der zentralen Orte ein.

Die Entwicklung ortsansässiger Betriebe auch über den örtlichen Bedarf hinaus ist zu ermöglichen.

Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen auch außerhalb zentraler Orte sind aufzunehmen. Hierbei ist auch eine Überarbeitung der komplizierten Flächenvorsorge für Gewerbe und Dienstleistungen zwingend erforderlich.

Der LEP vernachlässigt die Belange der Menschen und der Wirtschaft in den ländlichen Gemeinden und zentralen Orten und schwächt damit die Chancen des Landes im Wettbewerb insgesamt.

Bei ständig steigenden Pflichtausgaben der ländlichen Gemeinden muss die Mög-

lichkeit geschaffen bzw. erhalten werden, durch eigene Planung und Bewirtschaftung die Einnahmen zu erhöhen.

**Forderung Nr. 12: Stärkung des ländlichen Raumes**

**Forderung Nr. 13: Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen und Erhalt vorhandener Betriebe sichern.**

**Forderung Nr. 14: Der LEP ist hinsichtlich der Festlegungen für Stadt-Umland-Bereiche und des Verhältnisses zwischen zentralen Orten und den sie umgebenden Gemeinden umfassend zugunsten der nicht zentralen Orte zu überarbeiten. Dabei ist insbesondere auf die geforderte Unterordnung der Interessen der nicht zentralen Orte unter die Interessen der zentralen Orte zu verzichten. Zu verfolgen wäre vielmehr die Einführung von „Siedlungsbündnissen unter gleichberechtigten Partnern“ für die Verflechtungsräume, wobei für solche Bündnisse ein von jedem Partner einzufordernder Einigungszwang gelten soll.**

**Forderung Nr. 15: Auf die Einführung der neuen Begriffe „Stadtregion“ und „Stadt-Umland-Problematik“ ist zu verzichten. Der vorgelegte Entwurf des LEP wird langfristig zu einer Verödung des ländlichen Raumes führen und damit die Landschaft in Schleswig-Holstein grundlegend verändern.**

Tourismus/Naherholung sind für einige Gemeinden im Amt Moorrege sehr wichtige Handlungsfelder, wobei der Tagestourismus eine immer größere Rolle spielt. Dies ist auch bei der Erstellung der integrierten Entwicklungsstrategie für die AktivRegion Pinneberger Marsch & Geest e. V. berücksichtigt worden. Andererseits kommt der Tagestourismus praktisch nicht im LEP vor. Die einsichtige Ausrichtung zugunsten des „Übernachtungs-Tourismus“ ist nicht hinnehmbar.

**Forderung Nr. 16: In der Metropolregion Hamburg hat der Tagestourismus und Kurzurlaub eine herausragende Bedeutung mit einem erheblichen Wirtschaftspotenzial eingenommen. Dies muss im LEP in geeigneter Form seinen Niederschlag finden.**

Im Kartenentwurf zum LEP sind die Verdichtungsräume in Schleswig-Holstein aufgeführt, die innerhalb der Oberzentren und entlang der Siedlungsachsen liegen. Im textl. Entwurf sind mit dieser Raumkategorie jedoch keinerlei Regelungen verbunden. Zur besseren Verständlichkeit des gesamten Planwerkes sollte eine Erläuterung nachgeholt werden bzw. auf die kartographische Darstellung verzichtet werden.

Eine kartographische Darstellung über die prognostizierte Einwohnerentwicklung in den Kreisen ist aufgrund der regionalen Unterschiede, dem Kapitel (Seite 20ff) hinzuzufügen.

**Forderung Nr. 17: Ergänzung der Kartographischen Darstellung**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig (8)

**zu 13 Schreiben der Seglervereinigung Pinnau e. V. - Umbenennung der Bushaltestelle Esch/Wolski**  
**Vorlage: 091/2008/ND/BV**

Frau Thiemann erläutert den Antrag der Seglervereinigung Pinnau e.V.. Die Gemeindevertretung ist sich einig, den Antrag abzulehnen.

Frau Ortlinghaus bittet darum, die Seglervereinigung einmal schriftlich darauf hin zu weisen, dass die Segler die Anlegestelle gesitteter anfahren und verlassen.

**Beschluss:**

Der Antrag der Seglervereinigung Pinnau e.V., die Bushaltestelle Esch/Wolski in Seglervereinigung Pinnau e.V. umzubenennen, wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig (8)

**zu 14 Pflege der Flächen um das Dörpshus**

Frau Thiemann erläutert zunächst den Sachverhalt. Das Aufgabengebiet der einzusetzenden Person müsse noch fest umrissen werden.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, die Pflege der Freiflächen um das Dörpshus unter folgenden Bedingungen zu vergeben. Die Stelle soll erstmal nur für 2009 eingeführt werden. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt bis zu 4 Stunden in der Zeit vom 01.04. bis 31.10., ansonsten nach Bedarf. Der Nettostundenlohn beträgt 8,12 €

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig (8)

**zu 15 Verschiedenes**

**zu 15.1    Nachmittag für die ältere Generation**

Frau Thiemann kündigt einen Nachmittag für die ältere Generation an, bei dem Themen besprochen werden sollen, die für diesen Personenkreis interessant sind.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 15.2    Entsorgung von Gartenabfällen**

In der Sitzung des Bau-, Umwelt- und Wegeausschusses war angesprochen worden, dass Bürger Gartenabfälle in die Wedder entsorgen. Die Bürgermeisterin war gebeten worden, in einem Brief auf diesen Missstand hinzuweisen. Die Gemeindevertretung ist sich einig, dies nicht zu tun, sondern die Bürger direkt darauf anzusprechen.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 15.3    Beutelhalter für Hundekot**

Im Bau-, Umwelt- und Wegeausschuss wurde die Verunreinigungen durch Hundekot in den Bereichen Schadendorf und Oberrecht bemängelt. Es soll der Versuch mit entsprechenden Beutelhalterungen gemacht werden, um hier Abhilfe zu schaffen. Die Gemeindevertretung ist sich einig, dies nicht zu tun. Eine solche Maßnahme ist für Neuendeich als ländliche Gemeinde zu übertrieben.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 15.4    Hörnumausfahrt**

Für die Hörnumausfahrt der Gemeindevertreter und bürgerlichen Mitglieder wurde im Fünf-Städte-Heim in der Zeit vom 01. bis 03.05.2009 gebucht.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 15.5 Schilder kulturhistorischer Wanderweg**

In der Sitzung des Bau-, Umwelt- und Wegeausschusses am 10.09.2008 hatte Herr Günther Laudan von den Schildern am kulturhistorischen Wanderweg berichtet, die jedes Jahr mit offenporigem Klarlack lackiert werden müssten, ansonsten würden sie Schaden nehmen. Diese Arbeit würde er gerne übernehmen. Frau Thiemann hat die Art des Materials mit dem Schäferhof geklärt. Es handele sich dabei um Lärchenholz, das eigentlich nicht lackiert werden dürfe. Es gebe aber spezielle Pigmentfarbe dafür. Die Gemeindevertretung ist sich einig, dass die Schilder von Herrn Laudan weiter beobachtet werden und dass im Bedarfsfall eine Lackierung erfolgt.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 15.6 Baugrube Schadendorf**

Herr Pliquet teilt mit, dass sich auf einem Grundstück in der Straße Schadendorf eine Baugrube befinde. Er fragt, ob diese geschlossen werden könne. Frau Thiemann berichtet, dass es sich dabei um eine Abnahme von Anschlüssen handele, die Abnahme aber noch nicht erfolgt sei. Sie wird eine Schließung der Grube beauftragen.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 15.7 Sitzungsplan für 2009**

Herr Thimm bittet darum, beim Sitzungsplan 2009 darauf zu achten, dass nicht mehr als ein Sitzungstermin pro Woche angesetzt wird. Frau Thiemann erklärt, dass es in dieser Woche eine Ausnahme gewesen sei, da der Urlaub der Bürgermeisterin bevorstehe.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 15.8    Pflege der Bankette in der Straße Schadendorf**

Herr Fruchtenicht teilt mit, dass die Bankette in der Straße Schadendorf auf Uetersener Gebiet dringend gepflegt werden müsse. Das Schilf sei teilweise zu hoch und außerdem bestünde die Gefahr von Schneeverwehungen im Winter. Es wird darum gebeten, die Stadt Uetersen anzuschreiben.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 15.9    Glaszylinder für Straßenlampen**

Herr Kleinwort berichtet, dass noch nicht alle Straßenlampen den neuen Glaszylinder erhalten hätten. Weiter sei die gesamte Beleuchtung zum Winter zu überprüfen.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 15.10    Straßenmarkierung am Brückenberg**

Frau Kops erklärt, dass die Straßenmarkierungen am Brückenberg teilweise sehr schwach seien.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils um 21.22 Uhr.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

**zu 17      Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil**

Es ist wieder ein Einwohner anwesend, so dass Frau Thiemann über die im nicht öffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse berichtet.

Anschließend bedankt sich Frau Thiemann bei allen Anwesenden und schließt um 21.40 Uhr die Sitzung.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Richtigkeit:

Datum: 22. September 2008

---

Bärbel Thiemann

---

Frank Wulff